Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 22,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,400.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postvorschuß.

№ 12. **Mittwoch** den 12. Januar 1881. 75. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Das 1. Stück des diesjährigen Reichsgesetzblattes ist bei uns eingegangen und wird bis zum 2. Februar d. J. auf dem Rathhausflure zur Einsichtnahme öffentlich aushängen.

Dasselbe enthält:

Nr. 1400. Verordnung, betreffend die Paßpflichtigkeit der aus Rußland kommenden Reisenden. Vom 29. December 1880.

Leipzig, den 10. Januar 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Stöß.

Im Monat December 1880 erlangten das hiesige Bürgerrecht:

Busch, Gottlieb Hermann, Gastwirth.
Dobel, Heinrich Ludwig, Kaufmann.
Engert, Heinrich Otto, Buchhandlungsgehülfe.
Fiebig, Moritz Julius Louis Carl, Hutmacher.
Gempsch, Albert, Dr. jur. und Rechtsanwalt.
Glaser, Paul Woldemar, Dr. phil. u. Oberlehrer a. d. Nicolaischule.
Grundmann, Carl Friedrich Theodor, Uhrmacher.
Kupfer, Ernst Wilhelm, Lehrer an der IV. Bezirksschule.
Löscher, Carl Friedrich August, emer. Kirchschullehrer.
Michael, Friedrich August, Schutzmann.
Röller, Hermann Eugen, Kaufmann.
Peter, Johann Heinrich Julius, Werkhändler.
Scheps, Hermann Theodor, Buchdruckereibesitzer.
Steudte, Friedrich Hermann, Schuhmacher.
Stöckel, Johann Adam Carl, Schlosser.
Taupadel, Friedrich Hermann, Tischler.
Töpfer, Johann Gottlob, Hausmann.
Wundt, Wilhelm Maximilian, Dr. phil. et med., ordentl. Professor an der Universität.
Wach, Adolf Gustav Eduard Ludwig, Dr. jur. Ritter rc. ordentl. Professor an der Universität.

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 12. Januar.

Während ein Theil der englischen Presse darauf dringt, Transvaal an die Boers zurückzugeben, maßt sich der conservative „Standard" an, dieses tapfere Bauernvolk, welches die Waffen für seine Unabhängigkeit ergriffen, der Feigheit und Verrätherei zu bezichtigen. Es gehört wenig Heldenmuth dazu, ein so unwürdiges Wort von London aus in die Welt zu schleudern. Man soll in England nicht vergessen, daß die Boers von den neutralen Staaten kaum anders denn als kriegführende Macht mit allen Rechten einer solchen anerkannt werden können. Die Transvaal-Republik ist seiner Zeit von allen civilisirten Nationen anerkannt worden und nahm früherhin eine neutrale Stellung ein wie etwa Belgien und die Schweiz. Ihre Existenz ist daher völkerrechtlich unanfechtbar, um so mehr, als England ihr niemals den Krieg erklärt hat. Das Land hat sich zudem nicht dazu verstanden, durch freiwilligen Entschluß oder eine Volksabstimmung seine selbstständige Stellung aufzugeben: Transvaal ist und bleibt daher im Rechte, wenn es den Kampf für seine Unabhängigkeit mit allen Mitteln fortsetzt. England wird freilich im Stande sein, die Boers niederzuwerfen, indessen bei dem Hasse dieses Volkes gegen die britische Herrschaft ist der Fall nicht undenkbar, daß es sich aufmacht, um tiefer im Innern von Südafrika neue Wohnsitze aufzusuchen. Die Boers sind Nachkommen jener Colonisten, welche fast aus aller Herren Ländern in das Capland einwanderten, als dasselbe noch holländisches Eigenthum war. Im Jahre 1806 ging das Capland in englischen Besitz über und bald fühlten die Boers die starke Hand der Regierung. Als aber 1834 die Sclaverei aufgehoben wurde, verkauften Schaaren von Boers ihre Güter, luden ihr Eigenthum auf Ochsenwagen und zogen nord- und nordostwärts über den Oranje- und Baal-Fluß, während ein Theil sich in Natal niederließ. Indessen die Engländer folgten ihnen und vereinigten 1842 Natal mit ihren capländischen Besitzungen. Nur wenige Boers blieben, die meisten zogen zurück und vereinigten sich mit ihren Volksgenossen nördlich vom Baal. Das Gemeinwesen, welches sie hier gründeten, wurde endlich 1852 von England als „Südafrikanische Republik" anerkannt. Die jahrelangen und blutigen Kämpfe der Boers mit den Eingeborenen gaben den Engländern willkommene Gelegenheit, ihre Hand auf Transvaal zu legen. Es war im Jahre 1877. Die Republik hatte einen schweren Krieg fast zu Ende geführt, der bewirkt hatte, daß alle Bande im Innern sich lösten. Viele verweigerten ferneren Kriegsdienst und Steuern, eine starke Minderheit verlangte Anschluß an England, als an den alleinigen Retter, die Mehrheit der Boers aber beharrte auf der alten Unabhängigkeit. Der Präsident war ratlos, sah sich von beiden Parteien verlassen und war außer Stande, die Selbstständigkeit des Staates zu erhalten. Unter diesen Wirren und Kämpfen ließ plötzlich der Commissär Shepstone am 13. April 1877 die englische Flagge aufhissen und erklärte von Pretoria aus ganz Transvaal für eine englische Provinz. Truppen rückten an, jeder Widerstand war vergebens, und dem Präsidenten blieb Nichts weiter übrig als ein Protest, dessen Ohnmacht auf der Hand lag. Das Recht zu einer Einmischung in die innern Verhältnisse von Transvaal hatten die Engländer nur insofern, als die Boers das in einem 1852 abgeschlossenen Vertrage festgesetzte Verbot der Sclaverei nicht hinreichend beobachteten. Wenn indessen gesagt wurde, England habe eingreifen müssen, um Unruhen und Aufruhr unter den afrikanischen Stämmen zu verhüten, so ist Das ein dürftiger Vorwand. Eine geringe Unterstützung durch reguläres Militair hätte den Boers zu einem vollständigen Siege über die Bafutos verholfen; aber die Annexion der Republik war nicht erforderlich, um die Ruhe wieder herzustellen. Gelingt es den Boers, ihre Republik auf neuer Grundlage zu consolidiren, unter einer Verfassung, welche den Parteien die Möglichkeit gewährt, einander die Hand zu reichen, so wird es England sehr schwer werden, dieselbe wieder zu unterjochen. Der Haß der Boers gegen die Engländer ist tief und unauslöschlich und an Tüchtigkeit und zäher Ausdauer nimmt es dieses Bauernvolk mit allen Colonisten der Welt auf.

Es wird sich bald zeigen müssen, ob die Ankunft des Fürsten Bismarck den Verhandlungen im preußischen Landtage über die Steuerfragen eine bessere Wendung zu geben vermag, als dieselben bis jetzt genommen haben. Die Abrechnung der Conservativen mit dem Herrn Finanzminister, nach welcher an Stelle des einmaligen Steuererlasses die alljährlich wiederkehrende „Außerbetriebsetzung" eines Viertels der Classensteuer und der fünf untersten Einkommensteuerstufen treten sollte, hat sich bereits als ein todtgeborenes Kind erwiesen. Nicht nur von ultramontaner Seite ist diese Auskunft mit einem höhnischen Seitenblick auf die „Weisheit und Findigkeit" der conservativen Unterhändler zurückgewiesen, auch auf freiconservativer Seite findet dieselbe ihre sehr verständliche Ablehnung. Denn so wird eine Aeußerung des Abg. Stengel aufgefaßt, daß über den Steuererlaß das letzte Wort noch nicht gesprochen sei. Allerdings ist nicht wohl anzunehmen, daß der Abg. Stengel, welcher in Finanz- und Wirthschaftsfragen der liberalen Partei am nächsten steht, bei dieser Aeußerung seine ganze Fraction hinter sich hätte, aber er würde sie doch schwerlich gethan haben, wenn er nicht der Stimmung ihrer Mehrheit sicher zu sein glaubte. Die Angelegenheit ist also seit dem Beginn der Ferien thatsächlich nicht einen Schritt weiter gekommen. Uebrigens ist bei dieser Gelegenheit zu bemerken, daß, wenn conservative Organe es beanem gefunden haben, die Höhe des Steuererlasses bezw. der dazu erforderlichen Summe auf nur 13 Millionen anzugeben, Dies mit dem Etatsanschlag keineswegs übereinstimmt, welcher 10½ Millionen an der Classensteuer und 3½ Mill. an der Einkommensteuer, also genau 14 Millionen in Abzug bringt. Wenn gleichwohl der Gesammtbetrag beider Steuern gegen das Vorjahr nur um 13,178,000 Mark zurückbleibt, so liegt Dies darin, daß der Einkommensteueranschlag, von dem Steuererlaß abgesehen, gegen das Vorjahr eine Steigerung von nahezu einer Million aufweist. Da diese unter allen Umständen zur Erhebung gelangen wird, so beträgt der durch den Steuererlaß verursachte Ausfall an der Ausgabendeckung in der That volle 14 Millionen. Auf freiconservativer Seite ist man selbstredend nichts weniger als verstimmt darüber, daß die Conservativen mit ihrem Verständigungsversuch, bei welchem es nur darauf abgesehen sein konnte, das Centrum zu gewinnen, fehlgefahren sind. Man ist auf dieser Seite unter der Hand schon lange geschäftig, den Faden in die Hand zu nehmen. Der einzig denkbare Ausweg wäre eine wirkliche Erfüllung der conservativen Versprechungen, nämlich eine „organische Verbindung" zwischen Steuererlaß und Steuerreform. Oder es müßte die Summe des Steuererlasses derart ermäßigt werden, um eine nennenswerthe Herabsetzung des Anleihe-Betrages, der zur Deckung des Deficits erforderlich ist, zu erreichen. Das Letztere könnte nur so geschehen, wenn man eine Verschmelzung des neuen Verwendungsgesetzes mit dem Gesetz vom 14. Juli v. J. derart bewirkte, daß alle Ueberschüsse aus Reichssteuern abzüglich eines festen, zur Deckung des Deficits erforderlichen Betrags ungeschieden zur Steuerreform nach einer gewissen vorher bestimmten Steigerung verwendet würden. Alsdann ließe sich mit dieser Reform sofort der Anfang dahin machen, daß schon für das nächste Etatsjahr die unterste Classensteuerstufe ganz und etwa die zweite, vielleicht auch noch die dritte zur Hälfte außer Hebung gesetzt würden. Es wären dann nach der diesjährigen Veranlagung 8 bezw. 11 und event. 12½ Millionen erforderlich; in Wirklichkeit würde sich der Ausfall aber niedriger stellen, weil in den untersten Stufen die Eintreibungskosten und unrealisirbaren Posten am beträchtlichsten sind. Ferner würde sich ein Theil des Ausfalls dadurch beibringen lassen, daß die Contingentirung der Classensteuer, d. h. die Pfennigabzüge, wenn die Gesammtsumme die contingentirte Summe übersteigt, in Wegfall käme. Es ist mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß von freiconservativer Seite in dieser Richtung in der That die Verständigung gesucht wird. Vielleicht würde man auch in nationalliberalen Kreisen nicht ganz abgeneigt sein, auf diesen Weg einzugehen, in Anbetracht, daß eine Anleihe sich immer noch viel eher rechtfertigt, wenn es sich um eine organische Maßregel, als wenn es sich nur um einen Steuererlaß ad hoc zu Wahlzwecken handelt. Die unerläßliche Vorbedingung aber, um auf diesem Wege zum Ziele zu gelangen, bliebe für die nationalliberale Partei immer die gleichzeitige Verständigung über die Reichssteuerprojecte und insbesondere eine Sicherung, daß, wenn diese gelänge, nicht hinterher doch immer wieder das Menetekel auftauchte. Gerade in dieser Beziehung aber dürfte aller guter Wille im Voraus verloren sein.

Die XIII. Commission des Abgeordnetenhauses zur Berathung der Oberschlesischen Nothstands-Vorlage hielt am Montag eine fünfstündige Sitzung in Gegenwart des Ministers Dr. Lucius. Von einer Generaldiscussion wurde Abstand genommen. Die Abstimmung über §. 1 der Vorlage, welcher die einzelnen Verwendungszwecke aufführt, wurde vorläufig ausgesetzt. Angenommen wurden die §§. 2, 3, 4, 5 und 6 in der Fassung der Regierungsvorlage. Abgelehnt wurden zwei Anträge, in §. 3 Nr. 1 statt der zur Gewährung von Darlehen für Ent- und Bewässerungen geforderten zehn Millionen Mark nur 2,200,000 Mk. resp. 6,000,000 Mk. zu bewilligen, und ferner ein Antrag, die in §. 9 der Vorlage festgesetzte fünfjährige Freistift auf acht Jahre auszudehnen. Die Abstimmung über einen Antrag, dem §. 4 einen Zusatz beizufügen, wonach denjenigen Darlehns-Nehmern, welche die Darlehen alsbald nach Ablauf der Freistift voll zurückzahlen, 25 Procent der Darlehen erlassen werden sollen, wurde ausgesetzt, nachdem seitens der Staatsregierung erklärt worden, daß sie zwar den in dem Antrage enthaltenen Gedanken nicht von der Hand weise, sich aber die definitive Erklärung vorbehalten müsse, bis die finanzielle Tragweite des Antrages geprüft worden.

Aus dem politischen Leben Süddeutschlands liegt eine bemerkenswerthe Kundgebung vor. Am Sonnabend wurde zu Stuttgart in einer Versammlung der Vertrauensmänner der etwa 400 Mitglieder zählenden „Landesversammlung der deutschen Partei Württembergs" eine Resolution vorgelegt, in welcher sich die Versammlung für ein Scharren auf dem Boden der Reichsverfassung und die vollste Hingebung für die Reichssache ausspricht und die Nothwendigkeit einer starken militairischen Bereitschaft anerkennt.

Das Volk dürfe sich der betreffenden schweren Opfer nicht entziehen; dennoch erheische die Frage, betreffend die Abkürzung der Dienstzeit unbeschadet der Kriegstüchtigkeit, eine ernstliche Prüfung. Die Treue zur Landesverfassung und zu den erprobten einheimischen Institutionen, sowie die reichsverfassungsmäßige Stellung des Landes bildeten eine werthvolle Bürgschaft für die Autonomie Württembergs. Für die innere Gesetzgebung des Reiches und des Landes verlange die Partei die Durchführung liberaler Principien des modernen Staats. Die Ausnahmemaßregeln gegen die Socialdemokratie seien wegen deren Tendenzen begründet und unerläßlich, ebenso sei eine gründliche Bekämpfung des Landstreicherthums nothwendig. Die Einführung von Dienstbüchern sei keine ungerechtfertigte Beeinträchtigung der Freiheit. Den Mißständen des Hausirhandels sei abzuhelfen, ebenso dem Mißbrauch des Armenrechtes und des Unterstützungswohnsitzes. Jede Bestrebung zur Verbesserung des Wohles der arbeitenden Classen sei thatkräftig zu unterstützen. Eine principielle Rückschrittsbestrebung, als: Aufhebung des Civilehegesetzes und der Gewerbefreiheit, sei zu verurtheilen. Geboten erscheine die Durchführung des Münzgesetzes. Die Zollgesetzgebung sei vorerst als abgeschlossen zu betrachten; fernere Aenderungen seien nicht nach Parteischlagwörtern von Schutzzoll und Freihandel, sondern nach praktischen Bedürfnissen vorzunehmen. Zollfragen zu politischen Parteifragen zu machen, sei ein verhängnißvoller Fehler. Die Auswanderungsfrage habe im Sinne einer den Bedürfnissen des Reiches entsprechenden Colonialpolitik Beachtung zu finden. Der Unzufriedenheit in Bezug auf die Reichsjustizgesetze, im Besonderen in Bezug auf das Zustellungsverfahren und die Höhe der Gerichtskosten sei Abhülfe zu schaffen. Die nürnbergische Einrichtung der freiwilligen Gerichtsbarkeit sei beizubehalten. In Bezug auf die innere Politik wird der Erlaß eines Landesculturgesetzes, die Reform der Gemeinde und Bezirksverfassung und Sparsamkeit empfohlen. Die Matricularbeiträge seien durch Reichssteuern zu ersetzen, für welche das Bedürfniß überzeugend nachzuweisen sei. Die Quittungssteuer sei abzuschaffen, dagegen das Tabaksmonopol zu empfehlen. Den hohen Verdiensten des Reichskanzlers sei volle Anerkennung zu zollen.

Diese Resolution wurde durch Professor Weißäcker (Tübingen) begründet und von der Versammlung einstimmig angenommen.

Nach einem Telegramm der „Elsaß-Lothringischen Zeitung" aus Kolmar ist daselbst bei der stattgehabten Ersatzwahl zum Landesausschuß der Oberlandesgerichtsrath Schench gegen den Reichstagsabgeordneten Charles Grad mit 37 von 68 Stimmen gewählt worden. Grad erhielt 29 Stimmen, 1 Stimmen waren ungültig. Dasselbe Blatt macht anläßlich der häufig eingehenden Gesuche an den Statthalter um Erlaubniß zum Aufenthalt in Elsaß-Lothringen darauf aufmerksam, daß Personen, welche in Folge einer von der Regierung des Reichslandes als gültig anerkannten Option ihre französische Nationalität beibehalten, oder welche durch Entlassung oder durch Verlegung des Wohnsitzes bis zum 28. Januar 1873 oder durch Auswanderung mit Entlassungsurkunde nach dem 28. Januar 1873 die elsaß-lothringische Staats-Angehörigkeit verloren haben, als Ausländer betrachtet werden und einer ausdrücklichen Erlaubniß zum Aufenthalt in den Reichslanden nicht bedürfen. Wenn ihre Option nicht als gültig angesehen sei, bedürften sie ebenfalls jene Erlaubniß nicht, würden dagegen — besonders was ihre Militairverhältnisse betrifft — als Deutsche behandelt und zur Erfüllung ihrer Pflichten angehalten.

Auch in Baiern machen die Finanzen der Regierung und Volksvertretung die ernstesten Sorgen. Nach dem Rechnungsabschluß des Jahres 1880 soll sich ein Deficit von etwa 5 Millionen ergeben. — Aus München wird ferner gemeldet, daß daselbst am Montag der Professor des Staatsrechts und ehemalige Präsident der II. Kammer, Reichsrath von Pözl gestorben ist. Der Verewigte war 1814 zu Pechtersmath in der Oberpfalz geboren, habilitirte sich 1842 in Würzburg und bekämpfte von dort aus durch sein Compendium des „Baierischen Verfassungsrechts" das Abel'sche Regiment. 1847 wurde er Professor des Staatsrechts in München, 1848 Mitglied des Frankfurter Parlaments. Im Jahre 1858 wurde er in die zweite baierische Kammer gewählt, der er als zweiter und später, bis zum Jahre 1870, als erster Präsident verstand. Seit 1871 gehörte er der ersten Kammer an. Außer dem „Lehrbuch des Verfassungsrechts" schrieb er ein solches des „Verwaltungsrechts", Commentare zu verschiedenen Gesetzen u. a. m.

Von der Marine wird gemeldet, daß die Probefahrt für die Maschinen der gedeckten Corvette „Gneisenau" sehr günstige Resultate ergeben haben. Es wurde bei einer Schraubenheizung von 5432 Millimeter und 100—102 Umdrehungen pro Minute bei 3100 indicirten Pferdekräften als Maximalleistung eine Schiffsgeschwindigkeit von ca. 15 Knoten erzielt. Die Durchschnittsmaximalleistung soll 2500 indicirte Pferdekräfte betragen. — Die Arbeiten zur Indienststellung der kaiserlichen Jacht „Hohenzollern", die Ende Februar stattfinden sollte, damit das Schiff zur Disposition des Prinzen Wilhelm nebst Gemahlin sein könne, sind bis zum 1. Mai sistirt worden. Die dabei beschäftigt gewesenen Arbeiter sind auf die anderen zur Indienststellung bezeichneten Schiffe vertheilt worden.

Fürst Bismarck erfreut sich, nach officiösen Versicherungen, eines besseren Befindens als seit langer Zeit und beabsichtigt seine Arbeiten, namentlich soweit sie sich auf das parlamentarische Material beziehen, in vollem Umfang wieder aufzunehmen, wobei den Functionen als Chef des preußischen Handelsressorts eine besondere Sorgfalt zugewendet sein soll. Diese in parlamentarischen Kreisen verbreiteten Mittheilungen wollen denn auch wissen, daß nunmehr die Vorarbeiten zu den Verhandlungen über den deutsch-österreichischen Handelsvertrag wieder lebhafter in Fluß kommen würden. Am Montag Nachmittag begab sich der Reichskanzler bereits zu einem längeren Vortrage zu Sr. Majestät dem Kaiser. Auch mit dem Grafen Hatzfeldt und mit einigen fremden Diplomaten hatte der Fürst bereits Besprechungen.

* * *

Man schreibt uns aus Wien vom 9. d.: „Bei dem Leichenbegängnisse Blanqui's war, wie aus den Pariser Berichten zu entnehmen, auch eine Deputation socialdemokratischer Wiener Tischler anwesend, was hier einigermaßen aufgefallen. Ueberdies haben auch die Pariser socialistischen Journale ein angeblich von hier abgesendetes Beileidstelegramm der socialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs veröffentlicht, welche Kundgebung indeß keine Unterschrift trug. Wie uns nun sogleich von unterrichteter Seite versichert wird, haben jene beiden in Paris in Scene gesetzten Demonstrationen der österreichischen socialdemokratischen Arbeiterpartei den hiesigen Centralbehörden Veranlassung zu einer Untersuchung gegeben, welche sich aber vorerst nur auf die nöthigen Informationen beschränken soll. Soviel ist aber schon gegenwärtig festgestellt, daß das angebliche „Wiener Telegramm" der österreichischen socialdemokratischen Arbeiterpartei weder von hier noch sonst einer österreichischen Telegraphenstation nach Paris abgesendet worden sei. Man wird es also vermuthlich mit einem in Paris fabricirten „Wiener Telegramm" zu thun haben. Was ferner die bei dem Leichenbegängnisse Blanqui's gegenwärtig gewesene „Wiener Tischler-Deputation" betrifft, so hat man im Kreise der Behörden, auf zuverlässige Berichte hin, auch die Ueberzeugung gewonnen, daß von hier sich keine Deputation von Wiener Tischlern nach Paris begeben habe. Indeß ist infolge einer hier eingelangten telegraphischen Information aus Paris die Annahme nicht ausgeschlossen, daß jene Deputation wirklich aus Wiener Tischlern bestanden, die aber schon längere Zeit in Pariser Werkstätten beschäftigt, also durchaus nicht von hier als socialdemokratische Vertreter der Wiener Arbeiter zu dem Leichenbegängnisse Blanqui's nach Paris geschickt worden sind. Mit einem Worte, die ganze Angelegenheit scheint auf die genugsam bekannten Flunkereien der Socialdemokraten hinauslaufen zu wollen. — Wie ein heute in Wien angelangtes Belgrader Telegramm meldet, wären die Verhandlungen über den österreichisch-serbischen Handelsvertrag plötzlich sistirt worden. Es wird sogar hinzugefügt, daß die serbischen Commissare schon im Laufe der nächsten Woche nach Belgrad zurückkehren dürften, weil die radicale Partei in der Skupschtina die Majorität erlangt habe. — Heute findet in Linz der große Bauerntag statt, zu dem schon über 10,000 Karten ausgegeben worden. Der Statthalter in Oberösterreich, v. Pino, ist von dem Comité des Bauerntages eingeladen worden, den Verhandlungen beizuwohnen und hat die Einladung auch angenommen. Dieser Entschluß des Comité ist von den radicalen Elementen der oberösterreichischen Bauernschaft nicht gebilligt worden. Ueberhaupt wirft diese Bauernbewegung im öffentlichen Leben und zumal in der Presse manche sonderbaren Blasen. Als Curiosum sei berichtet, daß gestern das hier erscheinende französische Journal „La Correspondance autrichienne" wegen eines Artikels über den Bauerntag mit Beschlag belegt worden. Die oberösterreichischen Bauern dürften wohl kaum in der Lage sein, sich durch französische Journalartikel beeinflussen oder leiten zu lassen; vielen der guten Leute ist selbst das Hochdeutsch nicht geläufig."

Zu dem in der vorstehenden Correspondenz erwähnten Linzer Bauerntage hatten sich, wie telegraphisch gemeldet wird, über 14,000 Personen eingefunden. Alle Straßen der Stadt wimmelten von Bauern, die unter Führung ihrer Bürgermeister erschienen waren. Die Geistlichkeit hielt sich klugerweise, da die Demonstration direct gegen das Ministerium gerichtet ist, den Verhandlungen fern. Auch aus Steiermark und Salzburg erschienen Deputationen. Nach dem beantragten Statut sind von den zu gründenden Bauernvereinen Geistliche, Adelige und Advocaten ausgeschlossen. Die Bauernbewegung in Oesterreich ist bekanntlich durch die Vorlage der Regierung über die Grundsteuer-Regulirung hervorgerufen worden. Es lag der Versammlung der Antrag einer Resolution vor, welche diese Frage wie folgt in Erwägung zieht:

Der oberösterreichische Bauerntag spricht seine Ueberzeugung dahin aus, daß erstens die nunmehr endgültig von der Central-Commission festgestellten Tarife eine Vertheilung der Grundsteuer auf die einzelnen Länder herbeiführen, welche dem von dem Gesetze beabsichtigten Zwecke der Gleichmäßigkeit und Gerechtigkeit direct widerspricht und daß die in Folge dessen auf das Kronland Oberösterreich entfallende Mehrleistung der Grundsteuer eine ungerechte und die Leistungsfähigkeit des Landes übersteigende Belastung desselben enthält.

Zweitens, daß es um so mehr die Pflicht sowohl der Regierung als der Reichsvertretung ist, durch gesetzliche Maßregeln diese Ueberlastung hintanzuhalten, weil die Art und Weise, wie dieselbe herbeigeführt wurde, bezüglich der Legalität des Vorganges wiederholt gegründeten Anfechtungen unterliegt. Der oberösterreichische Bauerntag fordert daher die Regierung und sämmtliche oberösterreichische Vertreter auf, einheitlich dahin zu wirken, daß diese drohende Ueberlastung beseitigt werde.

Der oberösterreichische Bauerntag fordert weiter alle Vertreter Oberösterreichs auf, vor Allem in allen wirthschaftlichen und finanziellen Fragen sich nur von den Interessen des Gesammtstaates und des Kronlandes Oberösterreich leiten zu lassen und alle sonstigen Parteirücksichten bei Seite zu setzen, und sollen vielmehr jene Abgeordneten, welche dies vollständig und ausnahmslos aus irgend welchen Gründen anzuführen nicht in der Lage sind, sofort ihre Mandate in die Hände der Bevölkerung legen und dieser Gelegenheit geben, durch freie Neuwahlen ihre Willensmeinung zum Ausdrucke zu bringen.

Von diesen Beschlüssen sind das Gesammt-Ministerium zu Handen Sr. Excellenz des Herrn Minister-Präsidenten, sowie die 17 oberösterreichischen Reichsraths-Abgeordneten durch das Bureau des Bauerntages zu verständigen.

Ueber die Verhandlungen selbst werden nähere Berichte abzuwarten sein. Es bestand zudem der Plan, eine Adresse an den Kaiser in der Grundsteuer-Regulirungsfrage zu richten und durch eine Deputation von Bauern überreichen zu lassen. Endlich sollte auch noch ein Antrag wegen Erweiterung des Wahlrechts, Einführung directer Wahlen und Vermehrung der Landtagsabgeordneten acceptirt werden. Auch in anderen Orten haben am Sonntag Bauernversammlungen stattgefunden, die sich sämmtlich gegen die Steuererhöhung aussprachen.

Der hellenische Ministerpräsident, Herr Kumunduros, ist durch übereilte Aeußerungen in der Rüstungsfrage in eine arge Verlegenheit gerathen, welche der officiöse Telegraph nach Möglichkeit abzuschwächen sucht. Heute bemüht man sich daher in Athen, ein friedlicheres Gesicht zu zeigen und den guten Willen zu bekunden, auf Verhandlungen mit den Mächten einzugehen. Das Cabinet versucht zunächst zu ergründen, auf welcher „Basis" der Schiedsspruch gefällt und welche Mittel man zur Ausführung der Beschlüsse des Schiedsgerichtes anzuwenden gedenke. Gleichzeitig wurde durch die hellenische Diplomatie die Versicherung abgegeben, daß man die Rüstungen zwar nicht einstellen, aber auch nicht treiben wolle. Dieses Verfahren zeugt von wenig Loyalität. Die Pforte dagegen soll offen und ehrlich zu Werke gehen. Es heißt, sie habe ihre Absicht formell kundgegeben, überhaupt unter keinen Umständen in kriegerische Action einzutreten.

Wie bekannt, haben am Sonntag in ganz Frankreich die Wahlen der Gemeinderäthe stattgefunden. Das Resultat derselben ist ein dem Bestande der Republik günstiges gewesen, denn die gemäßigten Republikaner haben einen constanten Sieg über die extremen Parteien von rechts und links davon getragen. Selbst das relativ günstige Ergebniß der Pariser Wahlen wird in Frankreich den besten Eindruck machen. Kein einziger Communarde, kein einziger der mit Blut befleckten Vorstadtredner ist unter den Gewählten. Nur der vor kurzem aus Neucaledonien zurückgekehrte Petroleur Trinquet hat bei einer Stichwahl die meisten Stimmen erhalten. Die Conservativen von Paris haben die Anzahl ihrer Sitze von fünf auf acht erhöht. Unter den ernannten Republikanern befinden sich 35 Gambettisten und 31 Radicale. Bei 22 Wahlen ist eine Stichwahl erforderlich. Die Nachrichten aus den Departements bestätigen, daß Frankreich auf dem besten Wege ist, das Bedürfniß einer friedlichen Entwickelung durch de-

SLUB
Wir führen Wissen.